

Zusagen für das Gymnasium bleiben gültig

Zusätzliche Klasse würde Bedarf voll decken

Beeskow (ima) „Ich werde keinen, der eine Zusage hat, beknien, sie zurückzuziehen“, erklärte Rolf Proksch, Direktor des Beeskower Gymnasiums. Bildungsminister Roland Resch hatte in der vergangenen Woche angekündigt, die eigentlich seit dem 20. Mai beendeten Aufnahmeverfahren für die siebenten Klassen an den Gymnasien noch einmal aufrollen zu wollen. Auch mit der eventuellen Konsequenz, so Resch, daß schon erteilte Aufnahmebescheide zurückgezogen werden.

Resch hatte eingestehen müssen, daß Fehler bei der Vergabe der Gymnasienplätze gemacht wurden. Landesweit in heftige Kritik geraten ist das Auswahlverfahren, wonach die Hälfte der Penne-Plätze nach Wohnortnähe, ohne Ansehen der Leistung, verteilt werden. Nun will das Ministerium die Aufnahme-Vorschriften noch mal ändern. Bislang sind weder im Schulverwaltungsamt des Kreises noch im Gymnasium diesbezüglich neue Anweisungen aus Potsdam eingetroffen. „Alle, die am Gymnasium aufgenommen sind, bleiben es“, bekräftigt Monika Kunth, die Leiterin dieses Amtes. Überdies können Eltern, die eine Zusage erhalten haben, auch auf Bestandsschutz pochen.

Hoffen können jene Jungen und Mädchen, die abgelehnt wurden: Es sieht ganz so aus, als ob das Gymna-

sium in diesem Jahr doch noch eine zusätzliche siebente Klasse bekommt. Der Kreisbildungsausschuß hatte in seiner Sitzung in der vergangenen Woche dafür plädiert. Gestern berieten auch die Abgeordneten des Kreisausschusses darüber (Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor). Wenn der Kreistag entscheidet, eine vierte Klasse sieben am Gymnasium einzurichten, so Monika Kunth, könnten alle 110 Bewerber, einschließlich der 26 bislang abgelehnten, das Gymnasium besuchen. Die dafür nötigen Räume habe die Schule, so die Amtsleiterin.

Schulleiter Proksch erwartet, daß eine zusätzliche Klasse eingerichtet wird. Da die Diskrepanz zwischen zu geringer Kapazität und zu großer Nachfrage eine dauerhafte in Beeskow sei, müsse der Kreis reagieren, meint Proksch: „Der Schulträger hat eigentlich die Pflicht, die Kapazitäten zu schaffen“.

„Sieben oder acht“ Eltern abgewiesener Grundschulabgänger hätten bei ihm schriftlich Widerspruch eingelegt. Viele, so Proksch, würden nur mündlich protestieren. Im Bildungsministerium in Potsdam, meint der Schulleiter, sei eine „ungewöhnlich schlechte Arbeit“ geleistet worden. „Da müßten personelle Konsequenzen im Ministerium gezogen werden.“